

Antrag	<b>A 3</b>	Antragsteller: <b>AK Sicherheit, Polizei und Kommunales</b>
<u>Betreff:</u>	<b>Keine Streichung von Planstellen bei der Polizei</b>	
<b><i>Der Kreisparteitag möge beschließen:</i></b>		
<ul style="list-style-type: none"><li>- 1. Landesregierung und Landtag werden aufgefordert, auf die Streichung von Planstellen bei Polizeibeamten zu verzichten. Höheren Pensionierungszahlen ist durch die frühzeitige Erhöhung von Einstellungen entgegenzutreten, um die Gesamtanzahl aufrechtzuerhalten.</li></ul>		
<b>Begründung:</b>		
<p>Sicherheit ist ein wichtiges Gut in unserer Gesellschaft. Für die Sicherheit der Bevölkerung ist neben den Polizeibehörden der Polizeivollzugsdienst zuständig. Der Polizeivollzugsdienst kann seinen Aufgaben jedoch nur dann angemessen nachkommen, wenn die personelle Ausstattung dafür in ausreichendem Maße vorhanden ist. In den letzten Jahrzehnten sind einige Planstellen gestrichen worden. In letzter Zeit wird zunehmend erkannt, dass die Aufgaben mit dem bestehenden Personalkörper nicht mehr bewältigt werden können. In den kommenden Jahren werden durch Pensionierungen weitere Polizeibeamte aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Da Einstellungen in den Polizeidienst nicht beliebig möglich sind, sondern diese mit der Ausbildung beginnen, ist eine vorausschauende Personalplanung unabdingbar. Damit der Personalkörper nicht weiter schrumpft, dürfen trotz höherer Pensionierungszahlen keine weiteren Planstellen mehr gestrichen werden. Höheren Pensionierungszahlen ist durch die frühzeitige Erhöhung von Einstellungen entgegenzutreten.</p>		